

Leiharbeit statt Perspektiven

Jede/r dritte Arbeitslose wird von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Leiharbeit vermittelt. Aktuelle Zahlen der Bundesregierung belegen diese Fehlentwicklung. Der DGB fordert schon lange mehr Nachhaltigkeit in der Arbeitsvermittlung.

Bundesagentur für Arbeit. Es ist knapp zwei Jahre her, dass sich der Bundesrechnungshof in die Debatte um die Vermittlungsleistungen der BA einschaltete und mehr Nachhaltigkeit anmahnte. Geändert hat sich seitdem nicht viel: Von den 262000 Arbeitslosen, die von Dezember 2013 bis November 2014 vermittelt wurden, landeten rund 81000 (31 Prozent) in Leiharbeit. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen.

Den Gewerkschaften ist diese Entwicklung schon lange ein Dorn im Auge. „Die hohen Vermittlungsquoten in Leiharbeit sind ein Ärgernis, weil die Vermittlung nicht nachhaltig ist“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Leiharbeitskräfte werden schlechter bezahlt. Zudem ist das Risiko, nach wenigen Wochen oder Monaten wieder arbeitslos zu sein, wesentlich größer als in vielen anderen Branchen. Dabei macht die Leiharbeitsbranche gerade einmal 2,6 Prozent der Gesamtbeschäftigung aus. Der DGB fordert deshalb, dass Arbeitslose in den ersten sechs Monaten der Arbeitslosigkeit nur in Leiharbeit vermittelt werden dürfen, wenn sie ausdrücklich damit einverstanden sind.



Vermittlungsdruck im Fokus

Auch in der Politik gibt es Kritik an der Vermittlungspraxis der BA. Für Beate Müller-Gemmeke, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, braucht ein Großteil der Arbeitslosen keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt: 65 Prozent seien weniger als ein Jahr arbeitslos – hätten also kein Vermittlungshemmnis. „Die Leiharbeit versperrt diesen

Menschen den direkten Weg in Arbeit, zumal Leiharbeitskräfte häufig nach relativ kurzer Zeit wieder arbeitslos werden und erneut vor den Türen der Arbeitsagenturen stehen“, kritisiert Müller-Gemmeke.

Teufelskreis durchbrechen

Aus Sicht des DGB ist der BA-interne Vermittlungsdruck ein Grund für die anhaltende Fehlentwicklung. Auf Initiative der ArbeitnehmervertreterInnen im Verwaltungsrat der BA ist das Steuerungssystem – das interne Kontrollverfahren – auf mehr Nachhaltigkeit ausgerichtet worden. Wenn Arbeitslose in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt werden, das länger als sechs Monate hält, wird dies in der Bilanz der Vermittler nun höher gewichtet. Annelie Buntenbach, stellvertretende Vorsitzende im BA-Verwaltungsrat, kündigt an, die Wirkung genau zu überprüfen. „Die Menschen dürfen nicht langfristig abgehängt oder immer wieder in prekäre Beschäftigung abgeschoben werden.“ Vielmehr müsse ihnen eine Chance geboten werden, den Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Aufstocker-Lohn zu durchbrechen, so Buntenbach.